

Machtwechsel im Senegal - neue Chance für die Demokratie?

Hartmann, Christof

Veröffentlichungsversion / Published Version
Arbeitspapier / working paper

Zur Verfügung gestellt in Kooperation mit / provided in cooperation with:
GIGA German Institute of Global and Area Studies

Empfohlene Zitierung / Suggested Citation:

Hartmann, C. (2012). *Machtwechsel im Senegal - neue Chance für die Demokratie?* (GIGA Focus Afrika, 2). Hamburg: GIGA German Institute of Global and Area Studies - Leibniz-Institut für Globale und Regionale Studien, Institut für Afrika-Studien. <https://nbn-resolving.org/urn:nbn:de:0168-ssoar-309657>

Nutzungsbedingungen:

Dieser Text wird unter einer CC BY-NC-ND Lizenz (Namensnennung-Nicht-kommerziell-Keine Bearbeitung) zur Verfügung gestellt. Nähere Auskünfte zu den CC-Lizenzen finden Sie hier:
<https://creativecommons.org/licenses/by-nc-nd/4.0/deed.de>

Terms of use:

This document is made available under a CC BY-NC-ND Licence (Attribution-Non Commercial-NoDerivatives). For more information see:
<https://creativecommons.org/licenses/by-nc-nd/4.0>

Machtwechsel im Senegal – neue Chance für die Demokratie?

Christof Hartmann

Seit dem 2. April 2012 hat der Senegal einen neuen Präsidenten. Der 51-jährige frühere Premierminister Macky Sall löste Präsident Abdoulaye Wade ab, der das Amt seit 2000 innegehabt und sich auf Grundlage einer umstrittenen Verfassungsauslegung um eine dritte Amtszeit beworben hatte.

Analyse

Der Sieg von Macky Sall kam nicht völlig überraschend, allerdings hatten viele Beobachter bis zuletzt nicht erwartet, dass der greise Amtsinhaber seine Wahlniederlage tatsächlich zulassen würde. Bereits nach dem ersten Wahlgang hatte sich abgezeichnet, dass Präsident Wade keine Mehrheit mehr in der Bevölkerung hatte. Der Machtwechsel erfolgte schließlich überraschend reibungslos.

- Die schwerste Fehleinschätzung des Amtsinhabers bestand in der Erwartung, der Bevölkerung seinen Sohn als Nachfolger aufzwingen zu können, obwohl dieser bereits bei den Kommunalwahlen in Dakar eine Abfuhr erhalten hatte.
- Wades Versuch, eine Dynastie zu errichten, sorgte nicht nur für die Abwendung fähiger Politiker wie Macky Sall von der Parti Démocratique Sénégalais (PDS), sondern wurde zum Symbol personalistischer Amtsführung schlechthin.
- Die politisch-institutionellen Rahmenbedingungen erwiesen sich als weniger vorteilhaft für den Amtsinhaber als zunächst angenommen. Bei den Wahlen selbst wirkte sich die absolute Mehrheitswahl zugunsten der Opposition aus.
- Der Machtwechsel war schließlich auch das Ergebnis einer erstaunlichen Mobilisierung der städtischen Zivilgesellschaft gegen das „System Wade“ und eines seit 2007 vorbereiteten Schulterschlusses aller wichtigen Oppositionsparteien.
- Die Ereignisse im Senegal bestätigen damit einen Trend, wonach Amtsinhaber in Afrika bei einer absoluten Mehrheitswahl im ersten Wahlgang gewinnen müssen, weil sie mit aller Wahrscheinlichkeit im zweiten Wahlgang nicht die Stimmen der unterlegenen oppositionellen Kandidaten auf sich vereinen können.

Schlagwörter: Senegal, Subsahara-Afrika, Wahlen, Demokratisierung

Die Präsidentschaft Abdoulaye Wades

Senegal hatte bereits im März 2000 einen historischen Machtwechsel erlebt – die *Alternance* –, mit dem die jahrzehntelange Herrschaft der Sozialistischen Partei (Parti Socialiste, PS) unter den Präsidenten Léopold Sédar Senghor und später Abdou Diouf demokratisch beendet wurde. Dem deutlichen Wahlsieg von Abdoulaye Wade gegen den Amtsinhaber Diouf mit 58,5 Prozent der Stimmen im zweiten Wahlgang folgten ein Referendum über eine neue demokratischere Verfassung und vorgezogene Parlamentswahlen im April 2001, mit denen sich Wade eine Mehrheit im Parlament sichern konnte.

Die große Aufbruchsstimmung, die im Land herrschte, verflog jedoch relativ rasch. Bald schon zeigte sich, dass der langjährige Oppositionspolitiker Wade die Machtkonzentration im Präsidentenamt noch weiter verstärkte und nur die Teile der Verfassung modifizierte, die seinen kurzfristigen Interessen dienten, wie die Verlängerung der Amtszeit des Parlaments oder die Abschaffung und spätere Wiedereinführung des Senats und des Conseil de la République (Mbow 2008). Er hatte zudem weder Antworten auf die dringendsten sozio-ökonomischen Entwicklungsprobleme noch auf den Gewaltkonflikt in der Region Casamance, wo eine Rebellenbewegung seit Beginn der 1980er Jahre gegen die politische und wirtschaftliche Marginalisierung der ursprünglich dort lebenden ethnischen Gruppen kämpfte. Seine machtpolitisch begründete Instrumentalisierung religiöser Identitäten führte zwar nicht zur Stärkung radikalislamischer Parteien, stellte aber den traditionell säkularen gesellschaftlichen Konsens des Landes infrage (Hartmann 2010).

Im Februar 2007 konnte Präsident Wade in einer umstrittenen Wahl sein Amt verteidigen. Die Opposition boykottierte daraufhin geschlossen die nachfolgenden Parlamentswahlen, sodass in der Nationalversammlung mit ganz wenigen Ausnahmen nur noch Abgeordnete der Regierungspartei und verbündeter Satellitenparteien saßen, was die Bedeutung des Parlaments und seine Kontrollfunktion weiter schwächte.

Die politische Polarisierung setzte sich nach 2007 fort. Der greise Präsident sah sich als omnikompetenten Staatsführer, der zugleich erster Architekt, Chefökonom, Manager und Verfassungsjurist seines Landes ist und auf die Einbindung politischer Parteien oder der Zivilgesellschaft verzichten kann. Wades geschicktes Agieren auf der kon-

tinentalen Ebene ließ ihn zu einem Repräsentanten des neuen Afrika werden, der bei G8-Gipfeln die Interessen des Kontinents an fairer Entwicklungspartnerschaft vorbringen durfte und sich als Vertreter der Entrechteten positionierte, wie etwa beim lautstarken Protest gegen die Partnerschaftsabkommen mit der EU oder als Veranstalter des Globalen Sozialforums im März 2011. Zugleich pflegte Senegal gute Kontakte zur Gebergemeinschaft und verpflichtete sich von Anfang an zur Durchführung der erwünschten Armutsbekämpfungsprozesse (Poverty Reduction Strategy Papers, PRSP).

Kurz nach seiner Machtübernahme hatte Wade mit einem verfassungsändernden Gesetz die Amtszeit des Präsidenten auf fünf Jahre sowie zwei direkt aufeinanderfolgende Mandate reduziert; allerdings galt dies noch nicht für das gerade begonnene Mandat. Nach seiner Wiederwahl 2007 versprach er öffentlich, dies werde seine letzte Amtszeit sein, schließlich habe er selbst die Verfassung in diesem Sinn geändert. Umso überraschender war dann seine Ankündigung, bei den Präsidentschaftswahlen 2012 doch noch einmal anzutreten.

Die Präsidentschaftswahlen 2012

Bei diesen Wahlen traten ihm zum einen die Kandidaten der Opposition gegenüber, die die Wahlen 2007 boykottiert hatten; dazu zählten der Führer der PS Ousmane Tanor Dieng und der ebenfalls ursprünglich aus der PS hervorgegangene Moustapha Niasse (Alliance des Forces de Progrès, AFP), der Wade im Jahr 2000 im zweiten Wahlgang mit seinen Stimmen zum Sieg verholfen hatte und kurzfristig auch dessen Premierminister gewesen war. Zum anderen gehörten mit Idrissa Seck und Macky Sall zwei langjährige „Kronprinzen“ Wades aus seiner eigenen Partei (Parti Démocratique Sénégalais, PDS) zu den Gegenkandidaten; beide waren nacheinander Premierminister gewesen, dann aber bei Wade in Ungnade gefallen. Kurz vor den Wahlen erklärte dann auch der international bekannte senegalesische Künstler Youssou N'Dour seine Kandidatur. Alle Oppositionskandidaten hatten sich frühzeitig darauf verständigt, die Kandidatur Wades nicht zu akzeptieren.

Mit Spannung wurde die Entscheidung des Verfassungsgerichts über die offizielle Liste der zugelassenen Kandidaten erwartet, die schließlich am 27. Januar 2012 bekanntgegeben wurde. Die Verfassungsrichter bestätigten nicht nur die erneute Kan-

didatur des Präsidenten, sondern annullierten zudem die von Youssou N'Dour mit dem Argument, viele der insgesamt 10.000 von ihm vorzulegenden Unterschriften seien ungültig. Die zu diesem Zeitpunkt nicht allzu überraschende Entscheidung des Verfassungsgerichts, dessen fünf Richter von Wade persönlich ernannt worden waren, stellte die Opposition vor die Frage, ob man mit Unterstützung zivilgesellschaftlicher Kräfte gegen die Entscheidung des Verfassungsgerichts protestieren oder doch mit dem Wahlkampf beginnen sollte. Man einigte sich zunächst darauf, in den großen Städten geschlossen aufzutreten, doch schon bald wurde klar, dass sich die Durchführung der Wahl nicht mehr verhindern ließ und man daher auch in Konkurrenz gegeneinander um Stimmen werben musste.

Am klarsten tat dies Macky Sall, der zwar nicht offiziell aus der Phalanx der Opposition ausscherete, aber im Unterschied zu anderen Kandidaten, wie Idrissa Seck, Cheikh Bamba Dieye oder dem Universitätsprofessor Ibrahima Fall, nicht durch zivilen Ungehorsam im Umfeld des Präsidentenpalastes auffiel, sondern frühzeitig im ganzen Land auf Stimmentour ging. Diese Strategie zahlte sich aus, wie das Ergebnis des ersten Wahlgangs zeigte: Amtsinhaber Wade verfehlte die absolute Stimmenmehrheit. Zur Stichwahl war nur der Bestplatzierte der Oppositionskandidaten zugelassen. Macky Sall war es gelungen, nur knapp hinter Wade zu landen und Niasse und Tanor deutlich hinter sich zu lassen.

Die knapp 35 Prozent der Stimmen, die Wade im ersten Wahlgang erreichte, bedeuteten bereits eine schwere Niederlage, hatte er doch trotz seines

hohen Alters einen Wahlkampf mit großem materiellen und persönlichen Einsatz betrieben. Nachdem die unterlegenen Oppositionskandidaten wie vereinbart ihre Wählerinnen und Wähler dazu aufriefen, im zweiten Wahlgang für Macky Sall zu stimmen, hätte Wade für einen Sieg schon einen Großteil der Nichtwähler des ersten Wahlgangs mobilisieren müssen. Dies gelang nicht, wie die Zahlen deutlich zeigen.

Die Niederlage des greisen Amtsinhabers war so vernichtend, dass er sie noch am Abend des Wahltags eingestand und seinem Konkurrenten zum Sieg gratulierte. Macky Sall gewann im zweiten Wahlgang mehr Stimmen als alle Oppositionskandidaten des ersten Wahlgangs zusammen, während Wade nur wenige Wähler zusätzlich mobilisieren konnte; die Wahlbeteiligung war von 51,6 auf 54,9 Prozent knapp gestiegen.

Wie lässt sich der Erfolg Macky Salls bei den Präsidentschaftswahlen erklären und welche Erkenntnisse lassen sich daraus für Demokratisierungsprozesse in (West-)Afrika ziehen? Drei Aspekte verdienen besondere Beachtung: Das Scheitern einer dynastischen Nachfolge, die institutionellen Rahmenbedingungen der Wahlniederlage und schließlich die Rolle, die die städtische Zivilgesellschaft für die Niederlage des Staatschefs spielte.

Das Scheitern der Dynastiebildung

Der umstrittenste Aspekt der von Wade angestrebten Verfassungsänderungen betraf eine mögliche Nachfolge durch seinen Sohn Karim Wade, den er während der letzten Dekade gezielt „aufgebaut“ hatte.

Anders als in vielen Teilen Asiens, wo auch in Republiken dynastische Nachfolgeregelungen nicht unüblich sind, fehlen im subsaharischen Afrika entsprechende Traditionen. Neben der Monarchie Swasilands und Joseph Kabilas Amtsantritt in der bürgerkriegsgeplagten DR Kongo gibt es nur die beiden Fälle in Togo und Gabun, wo nach dem mehr oder weniger plötzlichen Tod langjähriger autokratischer Herrscher jeweils deren Söhne als Staatschefs nachfolgten. In diesen beiden Fällen hatten die Väter ihre langjährige Herrschaft nicht zuletzt durch frühzeitige Marginalisierung aller als bedrohlich er-

Tabelle 1: Wahlergebnis Präsidentschaftswahlen 2012

	1. Wahlgang		2. Wahlgang	
Wahlberechtigt	5 302 349		5 307 962	
Wahlbeteiligung	2 735 135	51,6	2 915 893	54,9
Gültige Stimmen	2 706 789		2 901 800	
Abdoulaye Wade	942 327	34,8	992 556	34,2
Macky Sall	719 367	26,6	1 909 244	65,8
Moustapha Niasse	357 330	13,2		
Ousmane Tanor Dieng	305 924	11,3		
Idrissa Seck	212 853	7,9		
Cheik Abdoulaye Dieye	52 196	1,9		
Ibrahima Fall	48 972	1,8		
6 weitere Kandidaten	62 653	2,3		

Quelle: Cour Constitutionnelle, Décisions N°17-19/E/2012 vom 06.03. und 30.03.2012.

scheinenden Konkurrenten gesichert. Die Übergabe der Amtsgeschäfte an den Sohn verhinderte ein institutionelles Vakuum, in dem es leicht zu einem offenen und potenziell gewaltsamen Wettbewerb um die Nachfolge hätte kommen können. Vor diesem Hintergrund lag die rasche Einigung auf ein Familienmitglied vor allem im ökonomischen Interesse der Eliten, die sich um den Präsidentenpalast herum gebildet hatten, und garantierte das Schweigen über die unschönen Praktiken, mit denen sich die Väter und ihre Cliques über viele Jahre an der Macht gehalten hatten.

Die dynastische Nachfolge beruhte in beiden Fällen also nicht auf einer in der Bevölkerung verankerten Zustimmung zur „Thronfolge“, sondern diente der Stabilisierung des autokratischen Regimes, auch wenn jeweils verfassungsrechtliche Lösungen für die Nachfolge gefunden wurden.

In einem stärker demokratischen Kontext wie im Senegal war eine Wiederholung dieses Modells unwahrscheinlich. Zwar kann die Zugehörigkeit zu einer prominenten Politikerfamilie auch in demokratisch regierten Staaten Afrikas förderlich für die politische Karriere sein. Der prominenteste Fall ist sicherlich der derzeitige Präsident Botswanas, Ian Khama, dessen Vater Staatsgründer und erster Präsident des Landes war und der adligen Familie eines traditionellen Königreichs Botswanas entstammte. Ian Khama wurde allerdings erst 28 Jahre nach dem Tod seines Vaters Seretse Khama und nach der Präsidentschaft zweier mit der Familie nicht verbundener Politiker zum Präsidenten gewählt.

Auch der aktuelle Premierminister von Mauritius, Navin Ramgoolam, hat einen berühmten Vater, den ersten Regierungschef des Inselstaates, Sir Seewoosagur Ramgoolam. Ähnlich wie bei Ian Khama in Botswana spielte die Familienzugehörigkeit für seine politische Karriere eine große Rolle. Zwischen der Abwahl seines Vaters 1982 (und dessen Tod 1985) und Navins erstmaliger Wahl zum Premierminister im Jahr 1995 vergingen jedoch 13 Jahre, in denen andere Parteien und Politiker die Kontrolle über den politischen Prozess hatten.

Auch wenn Präsident Wade bis zuletzt leugnete, seinen Sohn als Nachfolger inthronisieren zu wollen, deutete doch alles darauf hin, dass der Präsident nur seinem Sohn wirklich zutraute, sein Erbe zu verwalten und sein Andenken wahren zu können. Karim Wade war nach langjährigem Schul- und Studienaufenthalt in Frankreich im Jahr 2002 zum persönlichen Berater seines Vaters ernannt worden, mit Zuständigkeit für öffentliche Infrastruk-

turprojekte. 2004 wurde er Präsident der Agence Nationale de l'Organisation de la Conférence Islamique (ANOCI), die das 11. Gipfeltreffen der islamischen Staaten in Dakar im März 2008 vorbereiten sollte. Die Verwendung der öffentlichen Gelder durch die ANOCI sorgte für erhebliche Diskussionen und führte letztlich zum vorläufigen Ende der PDS-Karriere des heutigen Staatspräsidenten Macky Sall: Als Präsident der Nationalversammlung hatte er Karim Wade wegen des Verdachts der Veruntreuung zu einer Anhörung geladen. Sall wurde zunächst innerhalb der PDS degradiert und 2008 schließlich als Präsident der Nationalversammlung abgewählt, woraufhin er die Partei verließ.

Karim Wades politische Karriere sollte sich danach eigentlich mit der Übernahme des Bürgermeisteramts in Dakar fortsetzen, doch der Sieg der Opposition in der Hauptstadt bei den Kommunalwahlen im März 2009 verhinderte dies. Auch wenn seine Person bei der Wahlniederlage nicht die einzige Rolle spielte, wurden doch die Antipathien großer Teile der Bevölkerung ihm gegenüber im Wahlkampf öffentlich artikuliert.

Im Mai 2009 wurde er als Minister für Internationale Zusammenarbeit, Regionalentwicklung, Luftverkehr und Infrastruktur in die Regierung berufen und hatte damit Zugriff auf einen beträchtlichen Teil des Staatshaushalts. Im Oktober 2010 wurde ihm angesichts der sich verschärfenden Energiekrise im Land auch noch die Zuständigkeit für das Energieressort übertragen.

Es war schließlich die geplante Verfassungsänderung vom Juni 2011, mit der sein Vater das Amt eines Vizepräsidenten einrichten wollte, die das Fass zum Überlaufen brachte. Der Staatschef selbst gab niemals zu, seinen Sohn als Kandidaten für das Amt des Vizepräsidenten aufstellen zu wollen. Doch angesichts der Kontrolle, die er über seine Partei hatte, hätte niemand ihn daran hindern können. Sein Kalkül bestand vermutlich darin, ein oder zwei Jahre nach seiner Wiederwahl zurückzutreten, sodass Karim als Präsident hätte nachrücken und bis zum Ende der Amtsperiode seine Machtbasis so weit konsolidieren können, dass er sich bei den nächsten Wahlen hätte behaupten können.

Es spricht vieles dafür, dass die gewaltsame Eskalation der Proteste vom 22. Juni 2011 in einem Land, in dem die gesellschaftliche Mobilisierung – abgesehen vom Sonderfall der Casamance – stets friedlich verlaufen war, mit dem Schreckensszenario einer derart manipulierten dynastischen Nachfolge verbunden war. Wade erkannte dieses Signal

und zog deshalb die geplante Verfassungsänderung zurück.

Im Senegal gibt es seither viele Spekulationen, ob die starke Aversion gegen Karim Wade primär auf der Ablehnung des dynastischen Prinzips beruht oder nicht ebenso sehr auf dessen Herkunft. Als Sohn einer Französin (Wades Ehefrau Viviane) hatte er bis 2002 den Großteil seines Lebens in Frankreich verbracht, war selbst mit einer Französin verheiratet und erlernte Senegals Landessprache Wolof nur langsam; damit war er für die Position des senegalesischen Präsidenten sicherlich nicht prädestiniert. Deshalb ist kaum zu bezweifeln, dass Abdoulaye Wades Insistieren auf einer Nachfolgeregelung zugunsten seines Sohnes seine eigenen und die Erfolgchancen seiner Partei bei den Wahlen 2012 erheblich verringert hat. Andererseits folgt daraus nicht automatisch, dass weitere Versuche zur Dynastisierung in politischen Prozessen Afrikas ausbleiben werden; in einem relativ demokratischen Umfeld werden diese allerdings kaum von Erfolg gekrönt sein.

Die Rolle der Institutionen

Unstrittig ist, dass institutionelle Fragen bei Wahlen eine besondere Rolle spielen. Im Fall der senegalesischen Wahlen haben sie diesen Prozess aber nicht nur gestaltet und in einem allgemeineren Sinne für freie und faire Wahlen gesorgt. Zwei institutionelle Regeln haben das Wahlergebnis auch direkt beeinflusst:

Erstens hat die lange Debatte um die Begrenzung präsidentieller Amtszeiten, von Wade selbst mitbefeuert, der Legitimität seiner Kandidatur stark geschadet. Sicherlich ist es in einer Reihe anderer afrikanischer Länder zu Verfassungsänderungen gekommen, mit denen bisherige Restriktionen aufgehoben wurden, um den Amtsinhabern eine weitere Kandidatur zu ermöglichen (Uganda, Kamerun, Tschad, Burkina Faso). Aber es ist sehr ungewöhnlich, dass sich ein Präsident, der sich zunächst für eine entsprechende Restriktion ausspricht, später nicht mehr an sein Bekenntnis gebunden fühlt. Dazu kam in diesem Fall das Alter des Präsidenten; zum Zeitpunkt der Wahl war er offiziell 86 Jahre alt. Ein großer Teil der senegalesischen Öffentlichkeit fühlte sich angesichts dieses Umgangs mit Verfassungsregeln nicht ernst genommen, zumal das Land über eine demokratische und rechtsstaatliche Tradition verfügt und die Bür-

ger kaum auf einer Ebene mit Tschad oder Kamerun genannt werden möchten (Thiam 2007).

Angesichts der einhelligen Ablehnung seiner dritten Kandidatur durch senegalesische Rechtswissenschaftler organisierte der Präsident Ende 2011 sogar eine Konferenz mit ausschließlich ausländischen Verfassungsrechtlern, die die Verfassungsmäßigkeit seines Schritts bestätigen sollte. Dies brachte die ihm gegenüber ohnehin kritisch eingestellte Intelligentsia des Landes noch mehr gegen ihn auf. Es mag sein, dass in der Weite des senegalesischen Landes juristische Spitzfindigkeiten kaum Beachtung finden, in den urbanen Milieus wurde dieses Vorgehen als Affront betrachtet.

Zweitens wirkten sich die Besonderheiten des absoluten Mehrheitswahlrechts letztlich zuungunsten Wades aus. Nach diesem ursprünglich aus Frankreich übernommenen Wahlsystem ist der Kandidat gewählt, der mehr als 50 Prozent der gültigen Stimmen erzielt. Gelingt dies keinem Kandidaten im ersten Wahlgang, findet ein zweiter Wahlgang mit den beiden bestplatzierten Kandidaten statt. Dieses Wahlsystem haben die meisten afrikanischen Staaten übernommen, weil es die Zersplitterung des oppositionellen Wählerspektrums fördert: Auch Kandidaten, die keine Chance haben, die absolute Mehrheit zu erreichen, treten bei Wahlen an, denn sie hoffen auf einen zweiten Wahlgang, in dem sie ihr Wählerpotenzial zu einem politisch verhandelbaren Preis, etwa für ein Ministerium oder das Amt des Ministerpräsidenten, an einen der beiden verbliebenen Kandidaten „verkaufen“ können.

Amtsinhaber in Afrika können sich bei solchen Wahlen vor allem dann durchsetzen, wenn sie im ersten Wahlgang die absolute Mehrheit erreichen können, und sie setzen alles daran, dieses Ziel zu verwirklichen. Sehen sie sich nämlich im zweiten Wahlgang nur noch einem Kandidaten der Opposition gegenüber, ist das Risiko einer Wahlniederlage ungleich höher. Manchmal gelingt es dem Amtsinhaber, einen der auf der Strecke gebliebenen Kontrahenten auf seine Seite zu ziehen; wahrscheinlicher ist jedoch, dass sich diese weiterhin als Oppositionelle sehen, selbst wenn sie, wie im Senegal, außer der Ablehnung des bisherigen Präsidenten nur wenig eint.

Abdoulaye Wade war sich dieser Szenarien sehr wohl bewusst. Seine letztlich gescheiterte Verfassungsänderung vom Juni 2011 sah nicht nur die Einführung eines Vizepräsidenten vor, der mit dem Präsidenten gemeinsam gewählt wird, son-

dern auch eine Wahlrechtsänderung bei der Präsidentschaftswahl: Statt der absoluten Mehrheit sollten nur noch 25% der Stimmen zum Sieg ausreichen. Diese geplante weltweit unübliche Regelung löste die gewaltsamen Unruhen mit aus, da allen klar war, dass hier die Spielregeln für die anstehenden Wahlen in entscheidender Weise geändert werden sollten. Tatsächlich wäre es konsequenter gewesen, direkt auf die relative Mehrheitswahl umzuschwenken. Wie das spätere Ergebnis zeigt, hätte der Präsident mit einer entsprechenden Verfassungsänderung die Wahlen im ersten Wahlgang gewonnen.

Es bleibt offen, ob die geplante Wahlrechtsänderung allein, also ohne den gleichzeitigen Versuch zur verfassungsrechtlichen Inthronisierung Karim Wades, zu einer gesellschaftlichen Mobilisierung ähnlichen Umfangs geführt und möglicherweise Erfolg gehabt hätte.

Zivilgesellschaftliche Mobilisierung und Machtwechsel

Im Unterschied zu vielen anderen afrikanischen Ländern kann der Senegal auf eine lange Tradition politischer Debatte und zivilgesellschaftlichen Engagements zurückblicken. Die städtische Zivilgesellschaft erlebte ihre Sternstunde in der politischen Mobilisierung, die zur Wahlniederlage Abdou Dioufs und der PS 2000/2001 führte. Dies war allerdings ein Pyrrhussieg, da der neugewählte Präsident Wade recht gut wusste, wem er seinen Sieg zu verdanken hatte, und folglich die Bewegungsmöglichkeiten gerade der Medien und politischen Organisationen in der Folgezeit einschränkte (Coulibaly 2006).

Erst mit dem Boykott der Parlamentswahlen im Juni 2007 durch alle Oppositionsparteien rückte die Zivilgesellschaft in den Mittelpunkt der Verfassungsdiskussionen. Mit einem „Runden Tisch“, den sogenannten Assises Nationales 2007, wollte man die politische Initiative zurückgewinnen, den Schulterschluss zwischen Oppositionsparteien und Zivilgesellschaft vollziehen und zugleich einen Gegenentwurf zu den zunehmend autoritären Tendenzen des Präsidenten vorlegen. Beteiligt waren mehr als 70 zivilgesellschaftliche Organisationen. Ahmadou-Mahtar M'bow, der langjährige senegalesische Generaldirektor der UNESCO, wurde zum Vorsitzenden gewählt. Die Assises Nationales waren, auch wenn dies bestritten wurde, dem Modell

der Nationalkonferenzen im frankophonen Afrika der frühen 1990er Jahre nachempfunden, in denen (damals allerdings wegen des Verbots von Oppositionsparteien) zivilgesellschaftliche Akteure die Kontrolle über den politischen Prozess übernommen hatten.

Das gelang freilich diesmal nicht, zumal das Regime die Assises einfach ignorierte. Diese endeten mit einer Erklärung über grundlegende Verfassungsprinzipien, die alle an den Assises beteiligten Akteure unterschrieben. Diese *Charte de gouvernance démocratique* (2009) unterscheidet sich relativ wenig von der bestehenden Verfassung, bekräftigt aber bestimmte Prinzipien, die als besonders bedroht angesehen wurden, wie den säkularen Charakter des Staates und die Gewaltenteilung.

Die politische Mobilisierung durch die Assises schien jedoch zu verpuffen. Auch wenn zivilgesellschaftliche Führer nicht müde wurden zu betonen, wie sehr das Land kurz vor der „Explosion“ stehe, geschah nichts, nicht einmal, als der damals 83-jährige Präsident Wade im Jahr 2009 ankündigte, bei den Wahlen 2012 erneut antreten zu wollen. Im Juni 2011 kam es dann eher unerwartet doch zur politischen Explosion in Dakar, als Wade – wie oben dargestellt – versuchte, mit einem kurzfristig dem Parlament vorgelegten Gesetz die Verfassung in zwei wichtigen Punkten erneut zu ändern.

Am 23. Juni 2011, dem Tag der Abstimmung im Parlament, kam es zu Massenprotesten in Dakar und zahlreichen Regionalhauptstädten, die als schweigende menschliche Mauer vor der Nationalversammlung begannen und später gewaltsam eskalierten, nachdem sich aufgebrachte Jugendliche aus allen Vororten Dakars auf den Weg gemacht, die Verkehrsachsen der Hauptstadt lahmgelegt und dabei auch Autos und Reifen verbrannt hatten. Zur Demonstration hatte zunächst eine von vier Rappern gegründete Jugendbewegung (*Y en a marre* – Es reicht uns) aufgerufen, die bereits seit einigen Jahren bestanden hatte, nun aber zum Sprachrohr der vielen perspektivlosen Jugendlichen der Vorstädte wurde.

Gendarmerie und Polizei waren vom Ansturm der mehr als zehntausend Menschen in Dakar überfordert; der Einsatz von Knüppeln und Tränengasbomben forderte zahlreiche Verletzte. Viele Demonstranten harrten jedoch auf den öffentlichen Plätzen aus, während sich der Volkszorn in Angriffen auf die Wohnungen von zwei besonders verhassten Ministern entlud. Alioune Tine, Vorsitzender der Menschenrechtsorganisation *Rencontre Africaine pour la*

Défense des Droits de l'Homme (RADDHO), wurde bei dem Einsatz schwer verletzt.

Die Regierung zog noch am gleichen Tag das verfassungsändernde Gesetz zurück. Diese Niederlage Wades war ein großer Sieg der Zivilgesellschaft, auch wenn der Präsident vermutlich weniger die zivilgesellschaftlichen Führer als vielmehr das unkontrollierbare Gewaltpotenzial der Jugendlichen fürchtete, das sich durch Arbeitslosigkeit und ständige Stromausfälle aufgestaut hatte.

Noch am gleichen Tag bildete sich mit dem Mouvement Citoyen M23 (benannt nach dem 23. Juni) ein spontanes Bündnis zivilgesellschaftlicher Organisationen und politischer Parteien, in dem sich letztlich die gleichen politischen Kräfte wie bei den Assises Nationales zusammenfanden. M23 kündigte an, eine Kandidatur Wades bei den Wahlen „mit allen Mitteln“ zu verhindern. Dies gelang zwar nicht, das Bündnis behielt aber seine Bedeutung für die Mobilisierung von öffentlichem Protest. Im Dezember 2011 kürte M23 Moustapha Niasse zu ihrem Wunschkandidaten, sehr zum Leidwesen von Tanor Dieng, der auf diese Unterstützung gehofft hatte.

Der späte Eintritt Youssou N'Dours in den Wahlkampf bedeutete zwar zusätzlichen Rückenwind für den Protest gegen Wade. Youssou N'Dour verstand sich aber nicht primär als Teil einer zivilgesellschaftlichen Koalition gegen Wade und hatte nicht an ihren eingespielten Mechanismen wie den Assises Nationales teilgenommen. In der neuen Regierung Macky Salls wurde er dann zum Kulturminister ernannt.

Der tatsächliche Einfluss der zivilgesellschaftlichen Organisationen auf den Machtwechsel lässt sich nicht genau bemessen. Hervorgehoben werden muss jedoch die Bedeutung von Personen wie Alioune Tine für die andauernde Mobilisierung gegen Wade gerade in der Schlussphase des Wahlkampfes, aber auch für die Delegitimierung des Präsidenten im Ausland. Am bedeutendsten war aber sicherlich die Verhinderung des „Verfassungscoups“ im Juni 2011.

Neue Generation – neue Politik?

Seit Anfang April hat der Senegal mit dem 50-jährigen Macky Sall einen vergleichsweise jungen Staatsoberhaupt. Der Machtwechsel beendet eine polarisierte Phase der senegalesischen Innenpolitik und weckt Hoffnungen auf eine stabilere Regie-

rungsführung. Mit seinem Wahlsieg beendet Macky Sall aber auch die politische Karriere eines der letzten Vertreter der Unabhängigkeitsgeneration, deren politisches Weltbild – trotz allen liberalen Anstrichs – noch ganz dem postkolonialen zentralistischen Entwicklungsstaat und dem Pathos des großen Staatenlenkers verpflichtet war. Mit ihm hat ein Vertreter der übernächsten Generation die Staatsgeschäfte übernommen, ein eher blass und bescheiden wirkender Technokrat, geboren ein Jahr nach Senegals Unabhängigkeit. Sall ist damit weitaus repräsentativer für die heutige politische Elite Afrikas (siehe Tabelle 2).

Tabelle 2: Afrikanische Staatsoberhäupter nach Alterskohorten (Stand 15.04.2012)

80-89	2 (Mugabe 87; Kibaki 80)
70-79	6
60-69	21
50-59	13
40-49	5
30-39	1 (Rajoelina/Madagaskar 37)

Quelle: Eigene Zusammenstellung: Für Äthiopien, Lesotho, Mauritius und Swasiland wurde der Premierminister erfasst; Durchschnittsalter 62,8.

Ob sich mit dem Wahlsieg die Aussichten für die Demokratie im Senegal und in Westafrika tatsächlich verbessern, muss sich erst in der Praxis erweisen. Immerhin hat Sall bereits versprochen, die maximale Amtszeit des Präsidenten auf zweimal fünf Jahre zu beschränken – aber dies hatte Abdoulaye Wade vor zwölf Jahren auch getan!

Literatur

- Coulibaly, Abdou Latif (2006), *Une démocratie prise en otage par ses élites. Essai politique sur la pratique de la démocratie au Sénégal*, Dakar: Editions Sentinelles.
- Hartmann, Christof (2010), Senegal's Party System: The Limits of Formal Regulation, in: *Democratization*, 17, 4, 769-786.
- Mbow, Pemba (2008), Senegal: The Return of Personalism, in: *Journal of Democracy*, 19, 1, 156-169.
- Thiam, Assane (2007), Une constitution, ça se révisé. Relativisme constitutionnel et état de droit au Sénégal, in: *Politique Africaine*, 108, 145-153.

■ Der Autor

Prof. Dr. Christof Hartmann ist Professor für Politikwissenschaft, insbesondere Internationale Politik und Entwicklungspolitik, an der Universität Duisburg-Essen und Mitglied der Redaktion der vom GIGA herausgegebenen Zeitschrift *Africa Spectrum*. Im Februar 2012 war er zu Forschungszwecken im Senegal. E-Mail: <christof.hartmann@uni-due.de>, Webseite: <www.uni-due.de/politik/hartmann.php>

■ GIGA-Forschung zum Thema

In dem DFG-geförderten Forschungsprojekt „Systematischer Vergleich der Ursachen hybrider Regime in Afrika“ befassen sich Gero Erdmann (Projektleiter), Sebastian Elischer und Alexander Stroh mit der institutionellen Seite politischer Regimeentwicklung in Afrika. Mit politischen Parteien und Wahlen in Afrika haben sich die GIGA-Mitarbeiter Matthias Basedau, Sebastian Elischer, Gero Erdmann, Anika Moroff und Alexander Stroh in mehreren drittmittelgeförderten Projekten beschäftigt.

■ GIGA-Publikationen zum Thema

Basedau, Matthias, Gero Erdmann, Jann Lay und Alexander Stroh (2011), *Ethnicity and Party Preferences in Sub-Saharan Africa*, in: *Democratization*, 18, 2, 462-489.

Erdmann, Gero, Sebastian Elischer und Alexander Stroh (2011), *Can Historical Institutionalism be Applied to Political Regime Development in Africa?*, GIGA Working Papers, 166, online: <www.giga-hamburg.de/workingpapers>.

Heyl, Charlotte, und Henrik Maihack (2011), *Mosambik: Mehr Zeit für den Präsidenten?*, GIGA Focus Afrika, 12, online: <www.giga-hamburg.de/giga-focus/afrika>.

Mehler, Andreas (2009), *Peace and Power Sharing in Africa: A Not So Obvious Relationship*, in: *African Affairs*, 108, 432, 453-473.

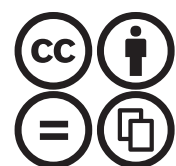
Stroh, Alexander, und Christian von Soest (2001), *Den Machterhalt im Blick: Verfassungsreformen in Subsahara-Afrika*, GIGA Focus Afrika, 4, online: <www.giga-hamburg.de/giga-focus/afrika>.

Stroh, Alexander (2007), *Crafting Political Institutions in Africa: Electoral Systems and Systems of Government in Rwanda and Zambia Compared*, in: *Verfassung und Recht in Übersee*, 40, 4, 449-470.

Stroh, Alexander, und Johanna Klotz (2011), *Präsidentalismus in Afrika*, GIGA Focus Afrika, 9, online: <www.giga-hamburg.de/giga-focus/afrika>.



Der GIGA Focus ist eine Open-Access-Publikation. Sie kann kostenfrei im Netz gelesen und heruntergeladen werden unter <www.giga-hamburg.de/giga-focus> und darf gemäß den Bedingungen der *Creative-Commons-Lizenz Attribution-No Derivative Works 3.0* <<http://creativecommons.org/licenses/by-nd/3.0/de/deed.en>> frei vervielfältigt, verbreitet und öffentlich zugänglich gemacht werden. Dies umfasst insbesondere: korrekte Angabe der Erstveröffentlichung als GIGA Focus, keine Bearbeitung oder Kürzung.



Das GIGA German Institute of Global and Area Studies – Leibniz-Institut für Globale und Regionale Studien in Hamburg gibt Focus-Reihen zu Afrika, Asien, Lateinamerika, Nahost und zu globalen Fragen heraus, die jeweils monatlich erscheinen. Ausgewählte Texte werden in der GIGA Focus International Edition auf Englisch veröffentlicht. Der GIGA Focus Afrika wird vom GIGA Institut für Afrika-Studien redaktionell gestaltet. Die vertretenen Auffassungen stellen die der Autoren und nicht unbedingt die des Instituts dar. Die Autoren sind für den Inhalt ihrer Beiträge verantwortlich. Irrtümer und Auslassungen bleiben vorbehalten. Das GIGA und die Autoren haften nicht für Richtigkeit und Vollständigkeit oder für Konsequenzen, die sich aus der Nutzung der bereitgestellten Informationen ergeben. Auf die Nennung der weiblichen Form von Personen und Funktionen wird ausschließlich aus Gründen der Lesefreundlichkeit verzichtet.

Redaktion: Gero Erdmann; Gesamtverantwortliche der Reihe: André Bank und Hanspeter Mattes
Lektorat: Ellen Baumann; Kontakt: <giga-focus@giga-hamburg.de>; GIGA, Neuer Jungfernstieg 21, 20354 Hamburg



IMPRESSUM